

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 646-48 ppbn d

## Inhalt

Heinz Rapp MdB bekräftigt das Ziel, die kritische Jugend als Bündnispartner für Reformen der SPD zurückzugewinnen.

Seite 1-3

Hans Urbaniak MdB begrüßt, daß der Entwurf für ein Chemikaliengesetz mehr Arbeitsschutz anstrebt.

Seite 4/5

Paul Neumann MdB fragt, ob CDU und CSU nicht merken, daß sie mit ihren sozialen Vorstellungen für die Bundeswehr hinterherhinken.

Seite 6/7

Karl Wilhelm Berkhan, Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages, antwortet Hessens Kultusminister Hans Krollmann auf dessen Bemerkung über "Kasernenhofatmosphäre auf Schulhöfen".

Seite 8

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 37 68 11

34. Jahrgang / 126

27. Juni 1979

Offenheit der Diskussion - Geschlossenheit des Handelns

Ein Nachtrag zur Parteiratsdiskussion

Von Heinz Rapp MdB

Mitglied des Parteirats und der Kommission Grundwerte beim Parteivorstand der SPD

1. "Die Jugend - insbesondere jene Jugendlichen, die sich 'Alternativbewegungen' zugewandt haben - als Bündnispartner für Reformen zurückzugewinnen": So wird in der Vorlage der Junker/Scherf-Kommission für die Sitzung des Parteirats am 22./23. Juni die Aufgabe beschrieben, vor die sich die SPD vordringlich gestellt sieht. Kaum je freilich hat der Versuch, die geistige Entwicklung und die Lebenseinstellung einer jungen Generation auf den Begriff zu bringen, zu so unterschiedlichen Ergebnissen geführt wie heute. Karsten Voigt - vergleiche Sozialdemokratischer Pressedienst vom 26. Juni dieses Jahres - konstatiert da eine Gegenkultur, im Parteirat sprach er von einer Gegengesellschaft, die zwar untereinander sehr eng, mit der übrigen Gesellschaft jedoch kaum noch kommuniziert; Erhard Eppler hingegen hat seine beim Evangelischen Kirchentag in Nürnberg bekräftigten Erfahrungen dahin zusammengefaßt, daß diese Generation nicht mehr rebellisch, wohl aber in einem guten Sinne kritisch sei, daß sie zuhöre, sauber diskutiere, daß sie "eigentlich vertrauen möchte", freilich nicht recht wisse, "wo sie ihr Vertrauen festmachen" solle.

Daß es unter den Jugendlichen auch Erscheinungen von (nach außen hin kaum noch kommunikationsfähiger) "Gegengesellschaft" gibt, ist nicht zu bestreiten; ohne Frage ist dies auch eine besondere Herausforderung der SPD. Ich stelle jedoch in Abrede, daß der Begriff der Gegenkultur oder der Gegengesellschaft wirklich aufnimmt, was sich in der Breite unserer Jugend tut: Da gibt es vielmehr - Eppler - eine neue Fähigkeit und Bereitschaft des Zuhörens, des Gesprächs, des Vertrauens. Was

der Begriff der "Alternativbewegungen" meines Erachtens richtig einfängt und aufnimmt, was in dieser Jugend wirklich passiert, ist ihre tiefgreifende Abwendung von allem Institutionellen. Es handelt sich dabei um eine generelle Erscheinung, für die hier nur zu drei Lebensbereichen Stichwörter gegeben werden sollen:

- Religion: Wir erleben unter unserer Jugend eine Grundwelle neuer Frömmigkeit (die Kirchentage in Freiburg und Nürnberg haben sie nur spektakulär an den Tag gebracht) - die freilich mit Kirchlichkeit nur wenig zu tun hat.
- Politik: Diese Generation engagiert sich mit Sicherheit in nicht geringerem Maße für das allgemeine Wohl und das Wohl der Mitmenschen als frühere Generationen - nur eben fernab der Parteien.
- Partnerschaft: Es wird weithin vorbildliche Partnertreue und eine neue Solidarität gelebt - nur eben weithin außerhalb zum Beispiel der Institution der Ehe.

Der Werte-Fundus hat sich in dieser Generation keineswegs vermindert - es hat freilich sozusagen Umschichtungen gegeben -; die häufig gegenteilige Behauptung der traditionell wertevermittelnden Institutionen spiegelt zumeist nur den Umstand wider, daß die Werte nicht mehr "bei ihnen abgeholt" werden. Und mit den falschen Schlüssen daraus verbauen sich die Institutionen den Zugang zur Jugend dann vollends.

2. Die SPD wirbt - wie sollte es anders sein - auch als Institution um die Jugend. Man tut gut daran, davon auszugehen, daß die Abwendung unserer Jugend von allem Institutionellen aus konkreten Erfahrungen folgt: Die Institutionen und gesellschaftlichen Apparaturen haben sich weithin verfestigt, zum Selbstzweck gesetzt, entfremdet. Nehmen wir zunächst wieder - gewiß nicht "ihrem Wesen nach unvergleichliches" vergleichend - die Kirchen: Wo sie sich wie in Nürnberg als "Markt der Möglichkeiten" darbieten und öffnen, wo sie Menschen zusammenführen, haben sie den Zulauf der Jugend; wo sie sich hingegen noch immer als die geschlossene, Menschen aussperrende "feste Burg" gerieren, wo sie vom "Gegen" geprägt sind und das "Für" und das "Mit" zu kurz kommt, bleiben sie leer.

Zurück wieder zur SPD: Die Rede von Gegenkultur und Gegengesellschaft führt in die Irre, ins Leere. Offenheit ist gefordert und wird uns abverlangt, nicht der Rückzug in eine "neue Geschlossenheit" - die übrigens, Willy Brandt hatte die "Kälte in der SPD" beklagt, nicht ein Mehr an Wärme vermittelte, wohl aber den Mief zusammenhielt. Die Menschen und insbesondere die jungen Menschen gewähren heute allenthalben nur noch Teilidentifikationen, stehen sozusagen im Zentrum der "Schnittmengen" von Teilidentifikationen; wer ihnen Totalidentifikation abverlangt, wird nicht mehr gehört. Dies ist nun wiederum nicht Ausdruck von Bequemlichkeit oder mangelnden Engagements, folgt vielmehr schlicht und zwingend aus der doch wohl allgemeinen Einsicht, daß die Zeit der großen und umfassenden Weltentwürfe vorbei ist: Eine Partei - die SPD -, die heute für sich und gegen ihre Mitglieder Allzuständigkeit reklamierte und Totalhingabe forderte, wäre gerade für die kritisch-solidarische Jugend von heute keine Adresse mehr.

Junker/Scherf haben deshalb recht, wenn sie den Rückgriff etwa auf die Tradition SPD-gebundener Sport- oder Gesangsvereine für verfehlt hielten - was nicht etwa die Absage an eine bewußte Pflege des pluralen in Vereinen und Verbänden organisierten gesellschaftlichen Vorfeldes von Politik bedeutet, im Gegenteil: Die vielberufene Bürgernähe meint doch wohl in erster Linie, daß man die Menschen dort aufsuchen und ansprechen sollte, wo sie sich aufhalten.

3. Von "Staatsverdrossenheit" wird häufig sehr oberflächlich dahergeredet - Parteien neigen dazu, Parteienverdrossenheit zur Staatsverdrossenheit zu überhöhen. Daß die ohne Frage vorhandene Parteienverdrossenheit mit der totalen Polarisierung und dem damit verbundenen Niedergang der politischen Kultur in unserem Lande zu tun hat, liegt auf der Hand; gerade die Jugendlichen spüren die mitunter groteske Diskrepanz zwischen der weitgehenden Alternativlosigkeit des politischen Lösungsangebots und dem geistigen Bürgerkrieg, den insbesondere die C-Parteien in unser Volk hineinzutragen versuchen. Man



kann geradezu von einer direkten Korrelation sprechen zwischen dem Mangel an inhaltlich-politischer Auseinandersetzung um bessere Lösungen einerseits (produktiver Wettbewerb zwischen den Parteien) und den leeren ideologischen Gespensterschlachten (ruinöser Wettbewerb) andererseits: Politische Kultur als Voraussetzung der Glaubwürdigkeit von Politik kann nicht gedeihen, wenn und solange der funktionale Wettbewerb zwischen den Parteien leerläuft und Identität stattdessen durch den bedingungslosen Kampf zwischen zum Selbstzweck mißratenen Institutionen gesucht werden soll. Wieso wundert man sich eigentlich, wenn die Jugendlichen auf diese ihre tägliche Beobachtung und Erfahrung mit der völligen Ablehnung alles Institutionellen antworten?

Die SPD sollte die "Freiheit - statt..."-Kampagnen der C-Parteien an sich ablaufen und leerlaufen lassen; der psychologisch in dieser Situation angelegten Gefahr, sich zur Abwehr der Attacken der Unionsparteien ghettohaft zu verengen, Offenheit und Gesprächsfähigkeit dranzugeben und sich in eine falsch verstandene Geschlossenheit zu flüchten, muß widerstanden werden; Daß die C-Parteien derzeit offenbar keinen Wert auf die Fähigkeit zum Gespräch mit uns Sozialdemokraten legen, ist deren Problem, nicht unseres.

4. Daß hier nicht einem modischen Anti-Institutionalismus das Wort geredet wird, braucht wohl nicht noch eigens betont zu werden: Die SPD ist Partei, ist Institution, ist Organisation, sie kann nicht nur "Markt der Möglichkeiten" sein, da hat Karsten Voigt sehr recht. Ihre Aufgabe ist es, die vielen Teilidentifikationen ihrer Mitglieder und Anhänger so zusammenzuführen, daß daraus Orientierung, Verbindlichkeit, Handlungsfähigkeit resultiert. Dies bedeutet, daß sie "Offenheit zu organisieren" hat, was etwas anderes und sehr viel schwieriger ist als die (freilich erfolgswirksame) "Organisation von Geschlossenheit". Wie man "Partei" zum Medium der Heranführung der Menschen an Politik und zu deren Mitgestaltung macht und so die Selbstsetzung der Partei zum Letzt-Zweck verhindert, ist im Orientierungsrahmen '85 überall dort ausgeführt worden, wo "Vertrauensarbeit" beschrieben und zur Vertrauensarbeit aufgerufen wird. Die Orientierung an den Grundwerten des demokratischen Sozialismus - Maßstäbe für individuelles Handeln, für die Bewertung von Wirklichkeit und für die Orientierung der Lösungswege zugleich - bietet Gewähr gegen die Gefahr, dabei programmatisch und praktisch-politisch in Beliebigkeit, Unverbindlichkeit und Handlungsunfähigkeit abzugleiten.

In diesem Sinne war es gemeint, wenn die Kommission Grundwerte beim Parteivorstand in ihrer Diskussionsschrift "Grundwerte in einer gefährdeten Welt" die Partei aufforderte, Garant und auch selbst Forum für den freien Austausch der Fragen und der Antworten der Menschen zu sein: Geschlossenheit des Handelns ist nur noch möglich als die Frucht der Offenheit der Diskussion; nur so wird es möglich sein, "die Jugend - insbesondere jene Jugendlichen, die sich 'Alternativbewegungen' zugewandt haben - als Bündnispartner für Reformen zurückzugewinnen". (-/27.6.1979/vo-he/hgs)

+

+

+



Ohne Alternative  
-----

## Mehr Arbeitsschutz durch das Chemikaliengesetz

Von Hans Urbanjak MdB

Mitglied im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Die Bundesregierung hat in der letzten Woche den Entwurf eines Gesetzes zum Schutz vor gefährlichen Stoffen (Chemikaliengesetz) auf den Weg gebracht. Das schlichte aber umfassende Ziel des neuen Gesetzes ist es, Mensch und Umwelt besser als bisher vor den Wirkungen gefährlicher Stoffe zu schützen. Im Vorblatt des Gesetzentwurfs ist unter Alternativen ausgewiesen: "Keine" - in der Tat, es geht um den Arbeitsschutz, den Umweltschutz und den allgemeinen Gesundheitsschutz.

Es ist nicht die verbreitete Angst vor den Grünen, die zu der Erkenntnis der gesetzlichen Regelungsbedürftigkeit geführt hat. Da aber gleich fünf gewichtige Ressorts an den Vorarbeiten beteiligt waren (Innenministerium, Wirtschafts-, Arbeits-, Landwirtschaftsministerium sowie Gesundheitsministerium), hat das öffentliche Bewußtsein schon zum schnelleren Gelingen beigetragen. Das parlamentarische Verfahren wird bis weit in die erste Jahreshälfte 1980 reichen. Welche Schwierigkeiten sich bei der Einzelberatung herausstellen, wird sich zeigen. Die Industrie wäre schlecht beraten, pauschal gegen das Gesetz anzurennen. Denn auch in den Vorstandsetagen hat sich herumgesprochen, daß das Chemikaliengesetz kommen muß. Über Einzelpunkte kann man natürlich lange philosophieren, insgesamt gilt es aber schon jetzt festzustellen: Die Richtung stimmt.

Es ist heute kaum noch notwendig, ein Chemikaliengesetz zu begründen. Wie oft wurden schon wahre Schauergeschichten publik. Seveso und andere Ereignisse wirken nach. Es darf aber auch nicht vergessen werden, die gefährlichen Eigenschaften bestimmter Chemikalien wurden oftmals erst erkannt, nachdem sie bereits über längere Zeiträume verwendet wurden.

Der Gesetz- und Verordnungsgeber hat in den letzten Jahren die Entwicklung keinesfalls verschlafen. Hier sei nur an die Arbeitsstoffverordnung aus dem Jahre 1975 erinnert, wenn es um den Arbeitsschutz geht, aber auch an das Arbeitssicherheitsgesetz mit den speziellen Unfallverhütungsvorschriften. Das Chemikaliengesetz schafft eine allgemeine und umfassende Grundlage; die Spezialgesetze und Vorschriften gehen natürlich weiterhin vor.



Wer neue Stoffe herstellt oder einführt, wird in Zukunft eine Prüfung vornehmen müssen. Die Anmeldung bei einer staatlichen Behörde schließt sich an. Nach dem Prüfungsergebnis erfolgt die Einstufung hinsichtlich der Gefährlichkeit. Daraus folgt die Art der notwendigen Verpackung und Kennzeichnung. Auch für alte Stoffe gibt es entsprechende Vorschriften, wenn sie als gefährlich gelten müssen.

Der Arbeitsschutz ist ein wichtiger Schwerpunkt des Chemikaliengesetzes. In den Handel, in die Umwelt kann ein Stoff nur dann gelangen, wenn vorher jemand Hand an die Produktion gelegt hat. Die Arbeitnehmer in den Produktionsbetrieben sind die jeweils zuerst Betroffenen. Die Prüf- und Anmeldevorschriften nach den Paragraphen vier bis zwölf sind von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Nach Paragraph 21 sind Vorschriften über betriebliche Maßnahmen vorgesehen. Dazu werden spezielle Rechtsversordnungen zu erlassen sein. Bei der Herstellung und Verwendung von gefährlichen Stoffen geht es nicht nur um den Schutz von Leben und Gesundheit der Menschen, sondern auch und gleichzeitig um die menschengerechte Gestaltung der Arbeit. Was am einzelnen Arbeitsplatz noch zulässig ist, wie die Arbeitsstätte auszusehen hat, welche Arbeitsmittel vorzugeben sind, wird noch im einzelnen festzulegen sein.

Nach dem Arbeitssicherheitsgesetz ist die arbeitsmedizinische Betreuung der Arbeitnehmer vorgeschrieben. Nach dem Chemikaliengesetz wird die gesundheitliche Betreuung der Arbeitnehmer verstärkt. Dazu gehören auch spezielle Vorsorgeuntersuchungen. Hier kann man sich auf Erfahrungen mit der Verordnung über gefährliche Arbeitsstoffe und der Unfallverhütungsvorschrift "Allgemeine Vorschriften" stützen.

Wenn die parlamentarische Arbeit zum Chemikaliengesetz erledigt ist, kommt es auf die zügige Umsetzung an. Für die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung in Dortmund wird es erhebliche Mehrarbeit geben. Dieser Aufwand lohnt sich. Der allgemeine Umwelt- und Gesundheitsschutz bedarf der weiteren Verbesserung, der Arbeitsschutz des weiteren Ausbaus. Mit dem Chemikaliengesetz wird die Humanisierung der Arbeit konkret fortentwickelt.

(-/27.6.1979/h1/ca)

+ + +



Ob CDU/CSU nicht verspüren, wie sie hinterherhinken ?

---

Zu den Ausführungen des Herrn Weiskirch MdB am 22. Juni 1979 im CDU/CSU-Pressedienst

Von Paul Neumann MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen der SPD-Bundestagsfraktion

Sowohl das Hearing zur sozialen Lage der Angehörigen der Bundeswehr als auch die Ausführungen von Herrn Weiskirch können nur als ein "Nachkarten" bewertet werden. Nachdem Minister Apel gleich zu Beginn seiner Amtszeit als Verteidigungsminister eine soziale Bestandsaufnahme der Angehörigen in der Bundeswehr erstellen ließ und in der Folgezeit wiederholte Informationstagungen - zuletzt noch am 12. Juni 1979 bei der WBV III in Düsseldorf mit 100 zivilen Mitarbeitern der Bundeswehr aus den verschiedensten Organisationsbereichen - durchführte, nachdem unter dem 11. Juni 1979 dem Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages, Herrn Dr. Wörner, MdB, seitens des Parlamentarischen Staatssekretärs des Bundesministers der Verteidigung, Herrn Dr. Andreas von Bülow, MdB, ein Programm der sozialen Maßnahmen für die nächsten Jahre für die Angehörigen der Bundeswehr vorgelegt wurde, nachdem der Staatssekretär des Bundesministers der Verteidigung, Dr. Hiehle, am 20. Juni 1979 vor dem Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages die Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Lage der Angehörigen der Bundeswehr erläutert hat, versucht die CDU/CSU den Schein zu wahren und in letzter Minute auf den fahrenden Zug aufzuspringen. Das Facit kann da nur lauten:

"Man merkt die Absicht und wird verstimmt."

Im übrigen war sich die Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen der SPD-Bundestagsfraktion bewußt, daß dergleichen Angriffe und Vorwürfe seitens der CDU/CSU früher oder später kommen würden: Hätten nämlich die sozialdemokratischen Verteidigungsminister während ihrer Amtszeit zunächst den Schwerpunkt auf die sozialen Belange der Angehörigen der Bundeswehr gelegt, statt aufzuarbeiten, was unter CDU/CSU-Verteidigungsministern in Bezug auf organisatorische Modernisierung und zeitgemäße Ausstattung mit Waffensystemen jeglicher Art verabsäumt wurde, dann hätte der Vorwurf dem Sinne nach



gelautet: Was die Sozialleistungen anbetrifft, steht die Bundeswehr zwar mit an der Spitze aller Streitkräfte der Welt, aber ihren Kampfauftrag vermag die Bundeswehr mangels geeigneter Organisation sowie mangels geeigneter Waffen nicht zu erfüllen.

Unter bewußter Inkaufnahme dieses auf sie zukommenden Vorwurfs haben die sozialdemokratischen Verteidigungsminister Helmut Schmidt und Georg Leber der Modernisierung der Bundeswehr den Vorzug gegeben, um damit nicht zuletzt der Sicherheit der Bundesrepublik und dem Frieden in der Welt zu dienen. Da sowohl die Ausstattung mit modernen Waffensystemen als auch die Lösung von sozialen Problemen bekanntermaßen enorme Summen verschlingen war ein gleichzeitiges Angehen beider Problemkreise nicht möglich. Inzwischen kann von niemandem bestritten werden, daß sich die Bundeswehr hinsichtlich ihrer Organisation, Ausbildung und Ausstattung sehen lassen kann.

Natürlich kommt prompt der - wie gesagt: erwartete - Vorwurf: Die sozialen Belange der Angehörigen der Bundeswehr lassen zu wünschen übrig; dies ungeachtet der Tatsache, daß, wie eingangs belegt, Minister Apel schwerpunktmäßig die Lösung der sozialen Probleme angeht. Ohne Prophet sein zu wollen, kann bereits jetzt vermutet werden, daß CDU/CSU mit fortschreitendem Abbau der sozialen Probleme diese Erfolge auf ihr Panier schreiben werden, obschon sie erst jetzt aufgrund des Hearings "die Anregungen der Soldaten und Zivilangestellten der Bundeswehr in ihre eigenen Vorschläge zur Lösung der Probleme" aufnehmen werden. Ob CDU/CSU nicht verspüren, wie sie hinterherhinken? Sicherlich, deshalb auch wohl die Nachholhektik.

(-/27.6.1979/v0-he/ca)

+

+

+



Leserbrief  
-----

Zum Artikel "Unsere Schulhöfe müssen schöner werden"

Von Karl Wilhelm Berkhan

Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages

Im Sozialdemokratischen Pressedienst, 34. Jahrgang, Nr. 116 vom 21. Juni 1979 schreibt mein langjähriger Freund und Kultusminister Hans Krollmann MdL einen kurzen Aufsatz mit dem Thema "Unsere Schulhöfe müssen schöner werden". Dem ist voll zuzustimmen und die Anregungen, die Hans Krollmann gibt, werden von mir ebenfalls als geeignete und gute Maßnahmen angesehen.

Was mich stört ist, daß der Artikel eingeleitet wird mit dem Satz "Statt Kasernenhofatmosphäre kindgerechte Gestaltung" und daß schon im 2. Absatz erneut die Vokabel Kasernenhofatmosphäre im Zusammenhang mit sozialen Verhaltensweisen vorkommt.

Nun ist bei der Ausbildung von Soldaten großer Wert darauf zu legen, daß auch soziale Verhaltensweisen eingeübt beziehungsweise durch den Militärdienst wie selbstverständlich entstehen. Darüber hinaus empfehle ich dem Kultusminister des Landes Hessen, einmal ein paar moderne Kasernen zu besuchen und, siehe da, vergeblich wird er Umschau halten nach dem "Kasernenhof". Den gibt es leider noch in manchen militärischen Unterkünften, er ist aber aus Zeiten übernommen, die lange dahin sind. Moderne Kasernen liegen eingebettet in Grün und Landschaft und machen durchaus einen anheimelnden wohnlichen Eindruck, und in ihnen kann man auch soziale Verhaltensweisen erlernen und ausüben.

Richtig ist, daß Soldaten bestimmten Zwängen unterworfen sind und daß ihr Leben anders reglementiert wird als zum Beispiel das Leben eines Schülers. Es soll jedoch nicht so reglementiert werden, daß der Soldat in seiner menschlichen Würde gebrochen wird und nur noch funktioniert, sondern auch die Reglementierung muß Raum lassen für soziale Verhaltensweisen.

Ich freue mich, daß der Kultusminister den Schulhof besser gestalten will und denke, er könnte eventuell ein wenig Anregung erhalten, wenn er als Besucher einer modernen Kasernenanlage einmal das Gespräch mit den Soldaten sucht. (-/27.6.1979/hi/ca)

